



Nr. 300. Mittag-Ausgabe.

Fünfundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 1. Juli 1874.

Deutschland.

Berlin, 30. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den nachbenannten königlich sächsischen Offizieren Orden verliehen, und zwar den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse: Dem Hauptmann von Klüchner im 1. (Leib-) Grenadier-Regiment Nr. 100, und dem Hauptmann von Melsch im 2. Grenadier-Regiment Nr. 101 Kaiser Wilhelm, König von Preußen; den Roten Adler-Orden vierter Klasse: Dem Premier-Lieutenant Beck im 1. (Leib-) Grenadier-Regiment Nr. 100, und dem Premier-Lieutenant Rühle im 2. Grenadier-Regiment Nr. 101 Kaiser Wilhelm, König von Preußen; sowie den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse: Den Second-Lieutenants von Nostitz und Jaendendorf und Freiherrn von Oppen-Huldenberg II., beide im Garde-Reiter-Regiment.

Se. Majestät der König hat dem Schulsleger, Pfarrer und Landdechanten Clefisch zu Hückelhofen im Kreise Bergheim und dem Kreisgerichts-Sekretär, Kanzlei-Rath Voennich zu Cosel, den Roten Adler-Orden vierter Klasse; dem Stadt-Chirurg und Bürgermeister Ludwig Rath zu Grund am Harz, dem Wundarzt Karl Wilhelm Ritter zu Breslau, dem Rentner Hermann Schulz-Steinen zu Steinen im Kreise Hamm und dem Buchhalter Christian Gottlob Andersch zu Hayna den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; dem Lehrer, Kantor und Organisten Kleinert zu Quedlinburg den Adler des Inhaber des Königlichen Hauses - Ordens von Hohenzollern verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König hat im Namen des Deutschen Reiches auf Vorschlag des Bundesrats den Königlich preußischen Appellationsgerichts-Rath Hermann Gustav Ludwig Theodor Krüger zu Frankfurt a. O. zum Reichs-Ober-Handelsgerichts-Rath ernannt.

Se. Majestät der König hat den bisherigen Director der fiskalischen Steinkohlengrube Dittweiler-Jägersfreude bei Saarbrücken, Berggrath Karl Friedrich Eilert, zum Ober-Berggrath ernannt.

Dem Notar Niclin zu Hegeneheim, Friedensgerichtsbezirk Hünningen, ist zum 31. December d. J. die nachgeführte Entlassung aus dem Amtsdienste des Reichslandes ertheilt. — Der bisherige Gymnasiallehrer und commissarische Kreis-Schulinspector Carl Lux in Ostrowo ist zum Kreis-Schulinspector im Regierungsbezirk Posen ernannt worden. — Der praktische Arzt Dr. Reichenstein zu Hagen ist zum Kreis-Wundarzt des Kreises Hagen ernannt worden. — Dem Musik-Director Hermann Küller in Berlin ist das Prädikat „Professor“ verliehen worden. — Am evangelischen Schullehrer-Seminar zu Halberstadt ist der Real-Schullehrer Andree zu Lippstadt als ordentlicher Lehrer angestellt worden. — Dem Ober-Berggrath Eilert ist die Stelle eines etatsmäßigen Mitgliedes des Ober-Bergamts zu Dortmund übertragen worden. — Der Berginspector Richard Schreiber ist zum Bergwerksdirector ernannt und ihm die Stelle des Dirigenten der fiskalischen Steinkohlenwerke bei Bergkloß und Deseide im Ober-Bergamt-Bezirk Dortmund übertragen worden.

Das den Herren Wirth u. Comp. zu Frankfurt a. M. unter dem 29. April 1873 ertheilte Patent auf eine Seidenwäschmaschine ist aufgehoben.

Berlin, 30. Juni. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfingen gestern den Besuch Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Friedrich der Niederlande und hatten denselben als Gast zur Tafel, zu welcher auch der General-Feldmarschall Herwarth v. Bittensdörff aus Bonn und der Vice-Ober-Ceremonienmeister a. D. Graf Schaffgotsch geladen waren.

Nach der Tafel setzte der Prinz Friedrich der Niederlande Seine Reise über Oberlahnstein fort, bis wohin Se. Majestät der Kaiser und König Höchstselbst begleiteten. (Reichsanz.)

○ Berlin, 30. Juni. [Der Minister des Innern. — Der Kaiser. — Die bischöflichen Vermittelungs-Vorschläge.] Der Minister des Innern hat mit Rücksicht auf eine morgen stattfindende Staats-Ministerial-Sitzung seine Reise nach Ems um einen Tag verschoben. Er wird dann einige Zeit in der Umgebung des Kaisers bleiben und vermutlich auch nach Homburg mitgehen. Von da wird er sich eine kurze Zeit lang nach Wiesbaden begeben und dort mit Räthen seines Ministeriums und unter Zuteilung von Landräthen aus Hessen-Nassau und der Rheinprovinz Berathungen haben über die Aufstellung eines Entwurfes für die Communalverfassung in Hessen-Nassau. In der Mitte des nächsten Monats geht der Minister dann wieder in Berlin einzutreffen. — Der Kaiser wird auf seiner Reise von Coblenz nach Homburg auch Frankfurt besuchen und dort einen kurzen Aufenthalt nehmen. — Der Kaiser hat die nachgeführte Entlassung des Präsidenten Scheel vom Reichs-Eisenbahnamt genehmigt und Herrn Maybach an seine Stelle gesetzt. — Die Nachrichten aus Fulda sind mit großer Vorsicht aufzunehmen, denn, wie es scheint, verbreitet man von gewisser Seite her absichtlich die Nachricht, als ob die Bischöfe persönlich gestimmt wären; ob aber diese Versöhnlichkeit auf solcher Grundlage beruht, daß von einem Ausgleich die Rede sein kann, das ist noch die Frage und läßt sich in keiner Weise erkennen, daß die Bischöfe überhaupt eine Eingabe an die Regierung gemacht, kann so lange noch nicht als ein Beweis von Versöhnlichkeit gelten, als man nicht den Inhalt dieser Eingabe kennt. Von eigentlichen Verhandlungen kann überhaupt nicht die Rede sein, wenigstens nicht von Verhandlungen über die neuen kirchlichen Gesetze und deren Ausführung, da in dieser Beziehung die Regierung gar nicht in der Lage ist, irgend eine Aenderung oder Sistirung eintreten zu lassen. Die Regierung wünscht und hofft gewiß eine friedliche Ausgleichung, es ist aber doch gut, Illusionen entgegen zu treten über die Bedingungen, unter denen allein eine Versöhnung möglich ist.

= Berlin, 30. Juni. [Der Altkatholicismus. — Der Brüsseler Kongress. — Die Begräbnispläne. — Reichs-Gewerbesteuern. — Der Zeitungs-Postdebit. — Die Reichswährung.] Ein wichtiger Schritt zur Consolidirung des Altkatholicismus ist durch die am 13. d. M. seitens des Bischofs Reinkens erfolgte Bestellung eines Generalvicars, des Geistlichen Prof. Dr. Heinrich Neusch, in Bonn um so mehr geschehen, als diese bischöfliche Ernennung die staatliche Genehmigung erhalten hat. Ist die Bestattung allerdings „zunächst für den preußischen Staat“ erfolgt, so läßt sich doch annehmen, daß sie alß bald auch in und für Baden und Hessen Geltung erlangen wird. — Die Vorbereitungen zu dem Brüsseler internationalen Kongress beschäftigen gegenwärtig die öffentliche Meinung. Vor allen Dingen wäre es aber eine große Errungenschaft, wenn im traurigen Ernstfalle die Genfer Uebereinkunft zur vollen und ganzen Wahrheit würde. Wie gering sie im letzten Kriege von den Franzosen geachtet, wie schlecht sie gehandhabt wurde, das lebt ja leider noch in frischer Erinnerung, weshalb es in der That nicht genügen möchte, einfach Bestimmungen in abstracte zu treffen, sondern auch Maßregeln, wodurch die Ausführung auch wirksam gesichert würde, sonst kann man sich keine praktischen Ergebnisse versprechen. — Zu den baldiger Erledigung harrenden Gegenstände gehört auch die Frage wegen der Begräbnispläne, welche jetzt meist Eigentum der Kirchen- und Religions-Gesellschaften den von diesen getroffenen Anordnungen gänzlich unterworfen sind, die immer schon, aber in neuerer Zeit ganz besonders zu großen

Unzuträglichkeiten geführt und Beschlüsse des einen gesetzgebenden Factors zur Folge hatten. Demgemäß sind auch Berichte und Gutachten von Oberpräsidenten u. s. w. eingegangen, und es wird sich bei der Neugestaltung der herkömmlichen Verhältnisse um Begräbnisplätze handeln, welche auf Gemeindekosten zu erwerben und zu erhalten seien werden. Die Mitwirkung der resp. Geistlichen ist eben so wenig ausgeschlossen, wie die Abteilung der Friedhöfe nach den einzelnen Religions-Gesellschaften. Vor Allem wird nur der bürgerliche Charakter auch den Begräbnissen zu wahren sein, zumal nachdem die Bekundung der Sterbefälle lediglich den bürgerlichen Standesbeamten obliegt. — Die Einführung einer Reichs-Gewerbesteuer ist bekanntlich schon ein älteres Project, welches jedoch noch keineswegs die Billigung der entscheidenden Finanzmänner erhalten hat und dazu vielleicht auch nicht eine große Geneigtheit vorhanden ist. Namentlich dürfte es sich fragen, ob der preußische Finanzminister geneigt wäre, auch auf die Gewerbesteuer zu Gunsten des Reichs und in einer Zeit zu verzichten, da die Stadtgemeinden für den wegfallenden Anteil an der demnächst aufzuhörenden Mahl- und Schlachsteuer Anspruch auf Anteilnahme an Staatssteuern erheben. Daß die jetzt bestehende vor bald 55 Jahren eingeführte preußische Gewerbesteuer der Aenderung und Besserung eben so fähig wie bedürftig ist, bedarf wohl keiner näheren Ausführung. — Nachdem die preußische Zeitungsstempelsteuer aufgehört hat, dürfte demnächst dem schon von uns an die Deutlichkeit gebrachten Project zur Aenderung des Postdebites der politischen Zeitungen näher getreten werden. Man erinnert sich, daß vor einem halben Jahre schon in dem Beiblatt zum Postamtssblatte ein Aufsatz erschienen war, worin Vorschläge zu einer Aenderung des bestehenden Systems gemacht, und diese mit dem Abschluß einer Reise zusammengefallen waren, welche auf Veranlassung des Generalpostdirectors der Vorsteher der Postzeitungsbüros nach England und Frankreich unternommen hatte, um sich dort über den der Post als solcher fern liegenden Versand der Zeitungen zu unterrichten. Auch möge noch angeführt werden, daß der Generalpostdirector im Herrenhause gesetzt hat, welche große Opfer die Reichsverwaltung den Zeitungen bringe, und wie der jetzige Modus dazu diene, die „Revolverpresse“ zu fördern. Die Aenderung kann, wenn sie eintreten soll, doch nur im Wege des Gesetzes geschehen, namentlich da letzteres die Versendung der politischen Zeitungen der Post als Monopol vorbehalten hat. Die neue Einrichtung, wie sie geplant ist, würde die Versendung vertheuern, und es wäre unter solchen Umständen vielleicht angemessener, daß sich die Post des berechtigten Monopols entföhrt, zumal die Eisenbahnen Päckereien von jeder Schwere versenden. — Von der Einführung der neuen Reichswährung in Preußen vor dem allgemein festgesetzten Termine scheint man jetzt abgekommen zu sein, da, wenn die Einführung schon zum 1. Januar f. J. hätte erfolgen sollen, sicherlich schon die betreffende Versetzung erschienen wäre, da eine halbjährige Vorbereitung doch erforderlich sein müßte. Daß es in der Absicht des Finanzministers gesogen hat, schon zur leitgegebenen Zeit mit der Neuerung vorzugehen, erhellt daraus, daß schon vor drei Monaten innerhalb des Finanzressorts dahingehende Vorbereitungen getroffen waren; wahrscheinlich hat sich der Finanzminister ihm geltend gemachten Bedenken gesetzt.

[Se. königliche Hoheit der Prinz Carl] feierte gestern in Schloss Glinicke bei Potsdam seinen 74. Geburtstag.

[Frau von Dubril] die Gemahlin des hierigen russischen Botschafters ist, wie schon telegraphisch gemeldet, am Sonntag gegen 8¹/₂ Uhr Abends in Potsdam auf einer Promenade am Jungfernsee verunglückt. Seit ungefähr 8—10 Tagen bewohnt Herr v. Dubril zu Potsdam eine Villa, in welcher am Sonntag ein kleines Diner stattfand. Schon während desselben klagte die Gemahlin des Botschafters über Congestionen nach dem Kopfe. Nachdem gegen 8 Uhr Abends das Diner beendet war, mußte sich Frau v. Dubril auf einem Spaziergang nach dem nur wenige Minuten von der Villa entfernt gelegenen Jungfernsee begeben haben, denn kurze Zeit darauf bemerkten ungefähr 10 bis 12 in der Nähe sich aufhaltende Personen eine Dame, die von ihnen nicht gekannt war, später aber als Frau von Dubril recognoscirt wurde. Die Dame scheint, beim Suchen von Blumen beschäftigt, anscheinend in Folge des starken Blutantranges nach dem Kopfe das Gleichgewicht verloren zu haben und in das Wasser gestürzt zu sein. Den herbeieilenden Personen gelang es nach kurzer Zeit, die Dame lebend aus dem See zu ziehen; nun wurde sie sofort, nachdem inzwischen auch der Botschafter von dem Unglücksfall benachrichtigt, sich an Ort und Stelle begeben hatte, in ihre Behausung zurückgebracht. Sofort wurde der Leibarzt des Kronprinzen und ein anderer Arzt cirt, welche den Zustand der Verunglückten für nicht gefährlich erklärten und beruhigende Zusicherungen ertheilten. Von Berlin wurde der Hausarzt der Frau von Dubril, Ober-Stabsarzt a. D. Dr. Pesch aus Berlin telegraphisch nach Potsdam beordert, der aber erst eintraf, als die Verunglückte bereits ihren Geist ausgehaucht hatte. Kurz vor 11 Uhr Nachts war eine Lungenlähmung eingetreten, an welcher Frau v. Dubril um 11 Uhr verstarb. Die am Anfang der dreißiger Jahre siehende Frau v. Dubril, geborene Fürstin Metzchersky, hatte sich durch ihre besondere Liebenswürdigkeit in unserem Hof- und Gesellschaftskreis einer bevorzugten Stellung zu erfreuen; bei der jüngsten Anwesenheit des russischen Kaisers ist sie durch Verleihung des Katharinenordens ausgezeichnet worden. Vor mehreren Jahren ist die Schwester des russischen Botschafters des Herrn v. Dubril merkwürdiger Weise auf ähnliche Weise in den Fluten des Rheins um das Leben gefommen. Der einzige Bruder der verstorbenen Frau v. Dubril Fürst Metzchersky ist sofort von dem Unglücksfälle benachrichtigt worden.

D. R. C. [Die Eisenbahn-Betriebsbeamten.] Es ist bekannt, daß zahlreiche Unglücksfälle auf den Eisenbahnen zum Theil und in hervorragender Weise der mangelhaften Ausbildung der Betriebsbeamten zugeschrieben werden müssen. Man wird sich entstellen, daß in einer vor mehreren Monaten stattgehabten Versammlung von Locomotivführern, von diesen für den Betrieb so überaus wichtigen Beamten geradezu eine bessere Ausbildung der Betriebsbeamten gefordert wurde. Eine Versammlung stellte diese Forderung in Form einer Petition sowohl an den preußischen Handelsminister als auch bei dem Reichs-Eisenbahnamt. Es scheint, daß diese Wünsche nicht ohne Erfolg bleiben sollen, denn, wie wir hören, hat das Reichs-Eisenbahnamt den darin angeregten Gedanken aufgefaßt und sind bereits derartige Verhandlungen mit den Eisenbahn-Verwaltungen wie auch

mit dem Reichskanzleramt im Gange, um eine Einrichtung hervorzurufen, nach welcher jeder in den praktischen Eisenbahndienst eintretende Beamte zuvor sich einer Prüfung über seine Fähigkeiten zu unterwerfen haben soll. Das Reichs-Eisenbahnamt hat sich deshalb an die Eisenbahn-Verwaltungen gewendet und sie aufgefordert, sich gutachtlich darüber zu äußern, welche Befähigungen erforderlich seien, um eine Beförderung zum Schaffner resp. vom Schaffner zum Zugführer, vom Bahnhofsassistenten zum Bahnhofsinspecteur, vom Güterassistenten zum Güterexpedienten u. s. w. zu gestatten. Ferner hat, wie wir hören, das Reichs-Eisenbahnamt dem Reichskanzleramt von diesem Plane Mittheilung gemacht und außerdem vorgeschlagen, eine technische Anstalt zur Ausbildung von Eisenbahnbetriebs-Oberbeamten in Berlin zu begründen. Die Realisierung dieser höchst wichtigen und für die Sicherheit des Publikums gebotenen Einrichtungen dürfte unzweifelhaft nicht lange auf sich warten lassen und dadurch den Beweis geben, einertheils von der großen Wichtigkeit des Reichs-Eisenbahnamtes, andertheils davon, daß die Leitung derselben durchaus praktisch und bewährten Gründen anvertraut ist.

[S. M. S. „Gazelle“] ist am 28. Juni in Plymouth angeskommen.

Königsberg, 27. Juni. [Die Vorsitzenden der vor kurzem hier aufgelösten Volksversammlungen] haben beim Polizeipräsidium der ungerechtfertigten Auflösung wegen Beschwerde geführt. Zu gleicher Zeit ist der betreffende Polizeibeamte der Staatsanwaltschaft wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt denuncirt.

Posen, 28. Juni. [Beschlagnahme und Preßprozeß.] Mit dem 1. Juli c. tritt bekanntlich die neue Reichs-Preß-Verordnung in Kraft. Noch vor Thoreszuschluß ist unter dem Regimen des alten Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 die hiesige „Ostdeutsche Zeitung“, wie dieselbe heut selbst verfüdet, einer „dreifachen“ Confiscation unterlegen, indem ihre Nummern 313, 314 und 315 polizeilich mit Beschlag belegt sind. — Die Veranlassung hierzu bot der vor dem hiesigen Schwurgerichte am 25. und 26. d. M. verhandelte Prozeß gegen Plewniewic, wegen betrüglichen und einfachen Bankrotts, Unrecht, Betrugs, mehrfacher Unterklagungen. Ein ungünstiger Zusatz führte nach anderthalbjähriger Verhandlung und nachdem kaum das Zeugenverhör beendet hatte, die Sistirung dieses Monstre-Prozeßes herbei, indem ein Schreiben von einem aus Russisch-Polen bergeladenen Zeugen mit der Meldung einging, daß derselbe wegen anderweitiger wichtiger (?) Geschäfte an seinem Erscheinen verhindert sei. Der Vertheidiger des Angeklagten protestierte gegen die von der königl. Staatsanwalt beantragte Verlehung der bisher mit dem Zeugen geöffneten Vernehmungsverhandlung als Beweisstück, indem er aufführte, daß nach Art. 25 des Gesetzes vom 3. Mai 1852 Zeugen, deren Ladung an und für sich noch ausführbar sei, nur mündlich in der öffentlichen Audienz vernommen werden könnten, ein gesetzlich zulässiger Ausnahmefall der Verlehung jedoch nicht vorliege. Der Schwurgerichtshof war jedenfalls in Rücksicht auf die Erheblichkeit, welche der Zeugenaussage für die Entscheidung der Sache beizumessen war, dieser Ansicht beigetreten, und hatte sowohl zur Überraschung des zahlreich versammelten Auditoriums, als insbesondere zum Leidwesen des Angeklagten selbst, die Aufhebung des weiteren Verfahrens unter Vertagung der Sache publicirt und demnächst die Citation des ausgebildeten Zeugen auf diplomatischem Wege beschlossen! In den Reihen des dicht gefüllten Zuhörerraumes sah man fast ohne Ausnahme die Vertreter der hiesigen deutschen und polnischen Presse, denen es nicht wenig Überwindung kostet haben mag, die ihres ungewöhnlichen Interesses wegen längst erwartete, und wenn auch nur in Bruchstücken in die Öffentlichkeit gelangte Sache ihren Lesern vorzuhalten; nur die „Ostdeutsche“ konnte der Verlehung nicht widerstehen, und brachte in der obigen Reihe des Zeugenverhörs und der sonstigen Verhandlungen. Die Beschlagnahme erfolgte auf Grund des § 48 des alten Preßgesetzes, das sich heut eines kaum noch 48jährigen Lebens erfreut! Dieser stets verpönte und von der öffentlichen Meinung verurteilte Paragraph lautet: „Wer eine Anklageschrift oder ein anderes Schriftstück eines Criminalprocesses veröffentlicht, bevor die mündliche Verhandlung stattgefunden oder der Prozeß auf anderer Wege sein Ende erreicht hat, wird mit einer Woche bis zu einem Jahre bestrafft.“ — Die Bestimmung ist dem Art. 19 des französischen Preßgesetzes vom 27. Juli 1849 nachgebildet, welcher lautet: „Il est interdit, de publier les actes d'accusation, et aucun acte de procedure criminelle, avant qu'ils aient été lus en audience publique.“ Sie weicht aber insofern von diesem Gesetze ab, als das preußische Gesetz die Statthaftigkeit der Veröffentlichung davon abhängt macht, daß die mündliche Verhandlung stattgefunden oder der Prozeß auf anderer Weise sein Ende erreicht hat. Das Ober-Tribunal meint: Dieser Abweichung sei man sich bei Emanation des Gesetzes sehr wohl bewußt gewesen, und es werde daher bei mehrjähriger Verhandlung einer Sache, die Veröffentlichung nicht vor vollständiger Beendigung derselben eintreten dürfen, weil die Worte: „stattgefunden hat“ auf eine noch schwedende Verhandlung nicht bezogen werden können, daß Gesetz die einzelnen Bestandteile der mündlichen Verhandlung nicht unterscheide, da die Gleichstellung der beiden Fälle, wenn die mündliche Verhandlung stattgefunden oder der Prozeß anderweit beendet ist, deutlich auf den Abschluß der Ersteren, als den Zeitpunkt hinführen, mit welchem die Veröffentlichung erlaubt sein soll. Hierauf kann es keinem Zweifel unterliegen, daß dem Beschlagnebverfahren auch der Preßprozeß gegen den Redakteur der „Ostdeutschen“ auf dem Juhe folgen muß; denn wenigstens in einem Falle ganz jüngerster Zeit, wo es sich in dem vor dem Staatsgerichte in Berlin gegen v. Ledochowski schwedenden Abfängungsprozeß, um die Veröffentlichung eines Briefes oder Anschreibens derselben handelte, mehrere hiesige Blätter vom Criminalgerichtshof freigesprochen worden sind, so hat doch bei der Appellation der königl. Staatsanwaltschaft die Sache noch nicht ihre Erledigung gefunden. — Die ausgesprochene Absicht und der Zweck jener Strafbestimmung ist: in Strafsachen die Mitwirkung der öffentlichen Meinung auf die Verhandlung und Entscheidung abzuwehren, die Unparteilichkeit des Urteils soll durch die Kundgebung von Atenstücken nicht getrübt werden. Hierauf dürfte bei der Situation, in welcher sich die Plewniewic'sche Unterklagungsache gegenwärt befindet, der Redaktion der „Ostdeutschen Zeitung“ kaum beizupflichten sein, wenn sie der Publication der Anklageakte mehr Gewicht beilege, als der Veröffentlichung der Zeugenverhöre, welche auf den weiteren Verlauf der ganzen Unterklagung gewiß viel schädlicher einwirken kann. (Voss. 3.)

Osnabrück, 24. Juni. [Bischof Beckmann] steht jetzt — wohl der letzte der preußischen Bischöfe — ebenfalls vor einem Conflit mit den Staatsgesetzen. In voriger Woche ist der katholische Pfarrer in Voltlage, Amts Fürstenau, verstorben. Zwar befindet sich in Voltlage ein Vicar, welcher die Pfarrgeschäfte wahrnehmen kann. Der Bischof scheint aber nicht länger der einzige seinesgleichen bleiben zu wollen, der ohne Conflict mit der Regierung ist. Denn das bischöfliche General-Vicariat schreibt bereits die Pfarrstelle in Voltlage öffentlich aus und fordert qualifizierte Priester zur Bewerbung um dieselbe auf. Es muß sich also, wenn solche Bewerbungen eingehen, bald entscheiden, ob der Bischof den künftigen Pfarrer in Voltlage nach Vorricht der Maigesetze dem Oberpräsidenten benennen wird oder nicht. Die hiesige „Volkszeitung“ spricht ihre Zweifel aus, daß sich Bewerber melden werden. (Hann. Kur.)

Trier, 26. Juni. [Die ultramontanen Pfarrer] von Oberweis, Wawern und Taben haben die Aufforderung erhalten, binnen 48 Stunden den Regierungsbezirk Trier zu verlassen, widrigen-

falls erneute Haftstrafe gegen sie in Anwendung kommt. Der Erwähnte hat sich geweigert und wird darum verhaftet werden; die beiden Andern haben noch eine kleine Gefängnisstrafe abzuhüben, ehe sie sich über den ergangenen Besuch schriftlich machen können.

Jugenheim, 30. Mai. [Se. Majestät der Kaiser Wilhelm] ist heute Mittag 1 Uhr hier eingetroffen. Der Kaiser Alexander, der Großherzog von Hessen und sämtliche übrige hier anwesende Fürstlichkeiten hatten sich zum Empfang des Kaisers nach dem Bickenbacher Bahnhofe begaben. Zu Ehren des Allerhöchsten Gastes findet auf Schloss Heiligenberg große Hoffest statt. Die Rückreise des Kaisers ist auf 5 Uhr Nachmittags festgelegt.

Leipzig, 30. Juni. [Versammlung gegen das Ministerium.] Gestern Abend fand eine außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung von Bürgern und Bewohnern Leipzigs statt, in welcher über das Vorgehen des Ministeriums des Innern und der hiesigen Kreisdirektion gegen die hiesigen Gemeindebehörden wegen der amtlichen Publikationen im „Leipziger Tageblatt“ berathen wurde. Die Versammlung fasste den einstimmigen Beschluss, daß in diesem Vorgehen eine schwere Beeinträchtigung der Gemeindesfreiheit und der bisher schon durch die Verfassung und durch die Landesgesetze, von nun ab auch durch das Reichspreßgesetz gewährleisteten Pressefreiheit zu erblicken sei. Die Versammlung sprach daher der gesegneten Vertretung der Stadt Leipzig zu ihrer in dieser Angelegenheit beobachteten Haltung die volle Zustimmung, sowie die feste Zuversicht aus, daß dieselbe Haltung getreu auch ferner verfahren werde.

* Weimar, 30. Juni. [Der Kaiser von Russland trifft am Montag (6. Juli) Nachmittags hier ein und begiebt sich sofort nach Belvedere, woselbst die Großherzogl. Herrschaften zur Zeit verweilen. Am Dienstag Vormittag segt Sr. Majestät die Reise nach Dresden fort.

Darmstadt, 27. Juni. [Der Verein deutscher Katholiken.] Der „M. Ztg.“ schreibt man von hier (wenig glaubhaft), in den hiesigen Regierungskreisen beschäftige man sich mit der Frage, welche Haltung in Bezug auf zukünftige Versammlungen des Vereins deutscher Katholiken zu beobachten sei. Wegen einiger Reden auf der neulichen Katholiken-Versammlung soll, wie es heißt, eine Untersuchung stattfinden.

Ingolstadt, 28. Juni. [Die Landesversammlung der Volkspartei] war von Vertretern aus 27 Orten Bayerns besucht. Beschlossen wurde die Gründung eines einheitlichen Vereins für Bayern mit dem Sitz in München und ein Landesausschuß von 9 Mitgliedern, davon 5 in München und je einer in Nürnberg, in Fürth, in Bamberg und in Passau.

Aus Bayern, 28. Juni. [Das Officier-Casino in Ingolstadt. — Petition.] Der „Fränkische Kurier“ erzählt, daß das Officier-Casino in Ingolstadt in Folge Entfaltung eines übertriebenen Luxus in der Ausstattung seiner Räume, in der Anschaffung kostbarer Tafelgeräthe u. s. w. Bankrott gemacht hatte, das Deficit in der respectablen Summe von 21,000 fl. aber sofort vom Kriegsministerium gedeckt worden sei. Da das Blatt nicht glauben will, daß eine solche Summe ohne Genehmigung des Landtages für derartige Zwecke verwendet werden dürfe, so stellt es an das Kriegsministerium die offene Frage, ob der Staatsäckel wirklich zu jener Leistung herangezogen worden sei. — Die israelitischen Kultus-Gemeinden zu Hammelburg, Kissingen und Unsleben, sowie weitere 70 Kultusgemeinden in Unterfranken und Aschaffenburg haben an die Kammer der Abgeordneten die Bitte gestellt, dieselbe wolle beantragen, daß die königliche Staatsregierung die Aufhebung der noch in Baiern bestehenden Abgaben der Juden an christliche Pfarrer, Lehrer und Meßner ausspreche. Diese „Judegelder“ hätten, wie es in der Motivierung der Petition heißt, nur in sehr seltenen Fällen ein privatrechtliches Verhältniß zur Grundlage und würzeln meist in der früheren Stellung der Juden in öffentlich-rechtlicher Beziehung. Es könne deshalb den Juden nicht verargt werden, wenn sie betreibt seien, von diesen Abgaben, von denen die Gesetze (§ 104 des Religionsedikts, Art. 5 des Gemeinde-Umlagen-gesetzes von 1819 und Art. 6 des Abschlußgesetzes von 1848) sie befreien, auch tatsächlich befreit zu werden.

München, 30. Juni. [Bei der Generaldiscussion des Staats des Cultusministeriums] in der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurden von verschiedenen clericalen Abgeordneten wieder die heftigsten Angriffe gegen den Cultusminister gerichtet. Der Abg. Kraeger stellte das Verlangen der Kammerauflösung, damit wieder eine Majorität in derselben erzielt werde. Voerg wandte sich gegen die vom Cultusminister in der Sitzung vom 26. d. abgegebenen Erklärungen und verwahrt sich gegen den vom Minister der clericalen Partei gemachten Vorwurf des Terrorismus. Die patriotische Partei sei lediglich eine Coalition gegen die Tyrannie des Liberalismus. Schon bei Beginn der Session sei im patriotischen Club der Antrag gestellt worden, in einer Adresse an den König die Auflösung des Landtages zu verlangen, und nur wegen des Widerpruchs eines einzigen Mitgliedes habe man diesen Antrag fallen lassen. Das sei der angeblich geübte Terrorismus. Ein ultramontaner Cultusminister würde, wie er Herrn von Luz auf dessen Frage erwidert, nach Recht und Gerechtigkeit nicht nach dem Maßstabe jenseitiger politischer Constellationen zu handeln wissen. Nach den Abstimmungs-Resultaten in den Sitzungen vom 26. und 27. dieses Monats scheine ihm, dem Redner, eine Auflösung der Kammer, schon aus politischem Anstandsgefühl geboten. Der Cultusminister erklärte darauf, er müsse die Bemerkungen Voerg's, daß eine Partei-Regierung existire, zurückweisen. Die Regierung versahre bei Anstellung der Geistlichen nach ihrer Qualification und nach dem Recht. Im Übrigen dürfe Niemand erwarten, daß das Staatsoberhaupt die Feinde der Regierung begünstige. Man habe gesagt, die früheren Regierungen hätten die bisherigen Mittel dem Ultramontanismus gegenüber doch ausreichend gefunden. Dies sei richtig, aber diese milde Tendenz habe zu dem Beschuß vom 18. Juli 1870 geführt. Die damalige Regierungsmarke sei „ein hölzerner Säbel“ gewesen. Von den ultramontanen Rednern sei König Ludwig I. in die Debatte gezogen. Derselbe sei ein Freund der katholischen Kirche gewesen, wie wenig andere Monarchen; der Dank dafür war, daß 14 Tage nach Entlassung des Ministeriums Abel die Abdication des Königs erfolgt sei. Dieser Monarch sei aber auch ein Feind der Jesuiten gewesen. „Wenn wir jetzt thun, was er gethan, sind wir doch keine Feinde der katholischen Kirche.“ Von ultramontaner Seite ist geäußert, das Land könne nur geblieben bei vorhandener Einigkeit zwischen Staat und Kirche. Das ist sehr richtig. Wenn die Einigkeit aber nur dadurch zu erzielen ist, daß die Kirche statt eines Schwertes zwei Schwerter führt, dann darf der Staat nicht nachgeben, und wenn der Staat dann seine Waffen gebraucht, ist dies noch kein Absolutismus.“ Nach dem Referat des Berichterstatters Schmidt erfolgte dann der Schluß der Generaldiscusion. (Weitere Ausführung der im Morgenblatt mitgetheilten Telegr. Depesche.)

Aus Baden, 26. Juni. [Pfändung.] Gestern Nachmittags fand die Versteigerung der dem Erzbistum-Berweiser Dr. Kübel neuverdienten (am 15. d.) gepfändeten Gegenstände statt. Alleiniger Steigerer war und blieb auch dieses Mal wieder Rechtsanwalt Marbe.

Er kaufte sämtliche Möbel um 615 fl. (um 10 fl. billiger als sie angeschlagen waren). Nach der Steigerung wurden dieselben von den anwesenden katholischen Männern alsbald nach der höchstlichen Wohngesetzen und getragen, wo sie durch notariellen Act von dem Eigentümer, Hrn. Marbe, dem Bischof „zur Benützung überlassen“ wurden. „Alles ging in vollkommen, würdiger Ordnung und Ruhe vor sich“ — bemerkte der „Badische Beobachter“, dem Vorstehendes entnommen ist. Man muß sich nur zu helfen wissen.

Straßburg, 27. Juni. [Pfälzische Intoleranz.] Der gestern plötzlich erfolgte Tod eines Schauspielers von der französischen Gesellschaft des „Tivoli“ hat Anlaß gegeben zu einem das menschliche Herz wahrhaft empörenden Act geistlicher Undulksamkeit, wie andererseits zur Offenbarung des edlen Gefühls nationaler Duldsamkeit. Die hiesige katholische Geistlichkeit, wie man sagt, sogar Herr Bischof Räß in eigener Person, hat für den armen, auf fremder Erde gestorbenen französischen Schauspieler das priesterliche Geleit versagt und wurde demselben heute ohne Pfaffenbeistand unter der ungeheuchelten Theilnahme eines großen Zuges Leidtragender die letzte Ehre erwiesen. Was dem Civilbegräbniss den Charakter einer ganz besonderen, rührrenden Feierlichkeit aufprägte, war die nicht genug zu lobende Thatache, daß dem Gefolge des gesamten französischen Theaterpersonals der Director und fast alle männliche und weibliche Mitglieder der deutschen Gesellschaft sich anschlossen. Am Grabe sangen einige deutsche Herren vom Chor einen ergreifenden Choral, worauf ein französisches Theatermitglied mit thränenreicher Stimme dem einstigen Collegen einen kurzen Nachruf widmete und einige Worte des Dankes für den in so edler, ihnen Allen unvergesslicher Weise bewiesenen Geist allgemeiner weltbürglicher Menschenliebe und Versöhnung an die deutschen Geistlichen richtete. Die seltene Feierlichkeit machte auf die Versammlungen den tiefsten Eindruck und wird in ihrem Hauptmoment gewiß nicht verfehlten, in den Deutschland mehr oder weniger abgeneigten Kreisen zur Frucht der Versöhnung der feindlichen Elemente ein neues Samenkorn zu legen.

Ö ster r e i ch.

Bien, 30. Juni. [Die Sanitäts-Conferenz.] Die „Wiener Abendpost“ bespricht die hier morgen stattfindende Eröffnung der internationalen Sanitäts-Conferenz und hebt hervor, daß es sich nicht um ein Antämpfen gegen die Quarantaine überhaupt handle, sondern vielmehr um ein völkerrechtliches Uebereinkommen zum Zweck der Beseitung von zwecklosen und den Verkehr störenden Abspernungsvorschriften. Durch den Abschluß eines förmlichen Vertrages sollten die beteiligten Regierungen sich zur Beobachtung gewisser als richtig erkannter Vorschriften verpflichten und zum Festhalten an bestimmten Quarantainegrundsätzen verbunden sein. Dieses Ziel lache man durch Codifizierung, nicht aber durch Abänderung der bezüglichen in Konstantinopel gefassten Beschlüsse vorzugsweise zu erreichen. Es werde die Aufgabe des zu schaffenden, bleibenden internationalen Organes sein, die Arbeiten der Conferenz fortzuführen und alles nach dem Geiste der Conferenz-Beschlüsse vorzutreiben, damit der Kampf gegen die Epidemien unter einheitlicher Leitung organisiert werden könne. Das gesteckte Ziel sei nur durch die vereinigten Bemühungen aller Regierungen zu erreichen, deshalb sei es wünschenswert, daß der Geist der Humanität die Rathungen regiere und alle kleinlichen Bedenken von denselben fernhalte.

Bien, 30. Juni. [Großfürst Constantin.] Nachdem Großfürst Constantion Nicolajewitsch am Sonntag die Besuche der hier verweilenden fürstlichen Herrschaften erhalten und erwiedert hatte, empfing er den Minister-Präsidenten Grafen Andrassy in einstündigem Audienz.

F r a n k r e i c h .

Paris, 28. Juni. [Der Abgeordnete Raoul Duval.] der Typus dessen, was man im parlamentarischen Leben einen „Wilden“ nennt, aber persönlich in der Nationalversammlung von Versailles sehr angesehen, hat an das „Journal du Havre“ einen Brief gerichtet, in welchem er sein Verhältniß zu den constitutionellen Fragen, wie folgt, darlegt:

Wenn die Befreiung unseres Landesgebiets die Gründung einer definitiven Regierung erheischt hätte, so hätte ich dabei ohne Zaudern mitgewirkt, denn ich habe der Nationalversammlung stets die konstituierende Gewalt zugestanden. In diesen Fall sind wir aber nicht gekommen; es gelang einer provisorischen Regierung, den nötigen Credit für unsere Befreiung zu finden. Frankreich war schon vor der im Friedensvertrage verabredeten Zeit sich selbst wiedergegeben. Unter diesen Umständen erachte ich es nicht mehr für zweckmäßig, von der konstituierenden Gewalt Gebrauch zu machen. Ich bin fest überzeugt, daß eine schon vor mehr als drei Jahren ernannte und durch so lange Kämpfe und Spaltungen notwendig gewachsene Nationalversammlung außer Stande ist, unserem Lande eine unsachbare und unangefochte Regierung zu geben. In einem Staat von 37 oder 38 Millionen Einwohnern gründet man keine Regierung mit der Stimme des Herzogs v. Altdorf-Pasquier, des Herrn Casimir Perier oder mit meiner Stimme. Man hat die Wahl zwischen der Auflösung mit allgemeinen Wahlen und einem directen Aufse an das Land. — Nach reiflicher Erwägung ziehe ich den letzten vor und kann, offen gestanden nicht begreifen, wie irgend ein aufrichtiger Anhänger der Volksüberanetät sich mit diesen so einfachen und logischen Mitteln, in wenigen Tagen den Willen des Volkes zu erfahren, nicht befrieden mag. Die gerechten Einwendungen gegen die Plebiszite, welche nur vollendete Thatsachen bestätigen und einer Regierung zum Werkzeug dienen sollen, greifen hier nicht Platz. Der directe Aufse an die Nation wäre heute nichts Anderes, als die Anwendung des Princips der Wahl auf die Bestimmung der Regierung und ich gestehe, daß es mir von Seiten der Gegner des Kaiserreichs immer höchst unpolitisch und demsprechend, dem Appell an das Volk gleichsam als Monopol und als Fahne zu überlassen. Bei allgemeinen Wahlen müßte jeder Wähler sich gleichzeitig und mit demselben Votum über die Regierungsumfrage, seine Sympathien für diesen oder jenen Kandidaten und die verschiedenen constitutionellen Detailfragen äußern. Die Frage über die Regierungsform würde über alle anderen die Oberhand behalten, später würden die anderen in den Vordergrund treten, und den bedenklichsten Dualismus zwischen der öffentlichen Meinung und ihren parlamentarischen Organen enthüllen. Nach solchen Wahlen gäbe es in Frankreich nur Sieger und Besiegte die noch lange Zeit unverhältnißig wären. Auf eine so entstandene Regierung könnte ich nur schwache Hoffnungen setzen, und darum ziehe ich den directen Appell an das Land vor. Nach diesem könnte und müßte jeder Bürger, der es gut mit dem Lande meint, gleichviel, welches sonst seine politischen Neigungen sind, sich der Regierung anschließen, die den Vorzug erhalten hätte.

Paris, 28. Juni. [Französische Enten.] Man schreibt der „M. Ztg.“: Hiesige Blätter verschiedener Farbe beschäftigen sich seit Kurzem mit einer Ente, die auch in ultramontanen deutschen Zeitungen aufgetaucht ist; sie erschien mit Ansangs zu albern, um sie zu erwähnen, macht aber mit solcher Consequenz die Runde, daß sie wohl irgend einen Zweck haben muß. Ich gebe Ihnen daher die Version, wie sie z. B. im heutigen „Univers“ zu lesen ist: „Es scheint Herrn v. Bismarck, daß der König von Bayern von einer gewissen Geistesstörung ergriffen ist, die sich in Tendenzen fundiert, welche der deutschen Einheit widerstreben. Der genannte König von Bayern ist daher nach einer Correspondenz der „Times“ ersucht worden oder soll ersucht werden, sich nach Kissingen zu begeben, um sich abzanzeln und, wenn es angeht, sich zu einer klareren Ansicht der Lage führen zu lassen. Während er selbst seinen Durst an dem wohlthätigen Mineralwasser stillt, wird der Fürst die Douchen seiner kalten Vernunft über das Haupt Sr. Majestät schütten. Im Fall der arme Ludwig II. sich weigern sollte, seiner Regierung eine vernünftige, d. h. eine der Berliner Politik angepaßte Richtung zu geben, soll ein Familienrat der deutschen Fürsten berufen werden, um Rath über den Fall zu pflegen,

und ohne Zweifel, um den königlichen Verstockten durch ein gelehriges Mitglied des Hauses Wittelsbach zu erziehen.“ Diese Historie ist ein würdiges Gegenstück zu der spanischen Throncandidatur; die Urheber hätten sich doch wenigstens über den Unfall klar werden sollen, welchen sie über den „Familienrat der deutschen Fürsten“ schreiben. Auch zeigt es von einer auffallenden Verkenntung der Zeitumstände, daß sie diese Abgeschmacktheit gerade jetzt in Umlauf setgen, wo König Ludwig den Reichskanzler eben durch einen neuen Beweis zuvorkommender Huld ausgezeichnet hat.

R u s s l a n d .

= St. Petersburg, 28. Juni. [Die Häfen im Asowschen Meere. — Güter-Verkauf in Wilna. — Erster Juristenstag in Moskau.] Der „Golos“ verbreitet sich in einem interessanten Leitartikel über unsere Häfen am Asowschen Meere und findet deren Beschaffenheit mehr oder weniger ungenügend. Die wichtigste Handelsstadt dieser Gegend, nämlich Rostow, liegt etwas mehr landeinwärts am Don und bildet da einen wichtigen Knotenpunkt für das Eisenbahnsystem. Rostow scheint sein auffälliges Wachsthum aber mehr dem Verkehr zu Lande, als der Schiffahrt zu verdanken. Die einst berühmte Handelsstadt Asov, von welcher das Meer den Namen hat, ist zu einem elenden Flecken herabgesunken, und Teist, was am Ostufer des Asowschen Meeres liegt und sonst eine große Zukunft haben könnte, ist von dem Kohlenbecken des Dongebietes zu weit entfernt. So scheint es also, daß zur Verwerthung der Reichthümer des Dongebietes folgende Häfen am nördlichen Ufer des Asowschen Meeres in Betracht kommen müßten: Taganrog, Mariupol und Verdiansk. Alle diese Häfen haben das Uebel an sich, daß ihnen fortwährend Sand und Schlamm zugeführt wird: die Schiffe müssen sich daher immer weiter von den Städten auf offener See halten, und die Ladung wird ihnen auf kleinen Wasserfahrzeugen zugeführt, was mehrfach umständlich ist und die Befrachtung der Schiffe verlangsamt. Der „Golos“ empfiehlt besondere Sorgfalt für den Hafen von Mariupol am Ausflusse des Flusses Kalmius, weil die Stielheit des Ufers dort mehr Schutz gegen das Versanden gewährt; für die nördlich vom Kaukasus gelegenen Länder müsse besondere Teist berücksichtigt werden. Uebrigens ist dabei zu bemerken, daß auch auf dem Kuban ein lebhafter Dampfschiffahrt-Verkehr sich zu entwickeln anfängt, wodurch für Teist in Bezug auf das nordkaukasische Hinterland eine nicht unbedeutende Concurrenz erwächst. Die Kohlenlager, für welche die nördlichen Häfen des Asowschen Meeres so von Wichtigkeit sind, befinden sich vorwiegend in dem Lande der Donischen Kosaken und in den Gouvernementen Charlow und Tjekaterinoslaw — besonders im Gebiete des Dorez, in den Kreisen Bachmut und Slawjanosserbst. — Der „Regierungs-Anzeiger“ macht, da jetzt ein neuer Kauf-Termin für fiskalische Güter in Nordwest-Russland (Lithauen) herannah, die betreffenden Bedingungen bekannt. Auf Grundlage der Kaiserlichen Verordnung vom 29. April 1867 finden für den Verkauf dieser fiskalischen Güter in Lithauen zwei Mal im Jahre (in Wilna) Meistbottermesse statt — im Januar und im Juli. Da die einzigen Störungen, welche in den litauischen Gouvernementen stattgehabt, blos durch die polnischen Grundbesitzer veranlaßt wurden, hat die Regierung ihr Augenmerk darauf gerichtet, daß die Polen dort neuen Grundbesitz nicht mehr erwerben können. Es sind daher Polen und Juden von der Erwerbung von Gütern in Nordwestrußland ausgeschlossen. Allen anderen Nationalitäten ist die Erwerbung von Gütern in Nordwestrußland gestattet; begünstigt werden die nationalrussischen Käufer, indem diese sogar von der Stempeltaxe befreit sind. Zu den Meistbottermessen ist übrigens eine Bescheinigung vom örtlichen Generalgouverneur nötig, welche darthut, daß man sich über seine Nationalität und politische Unverfüglichkeit gebürgt ausgewiesen. Große Erleichterungen sind den Käufern in Bezug auf Abzahlung der Hypothekenschulden bewilligt, welche die Güter bei den Krons-Hypothekenanstalten gemacht: es werden dabei mehrere Staatspapiere zum Nominalwerthe in Zahlung genommen. Verhüllte Schuldenfrei Güter bis 15,000 Rubel Werth kaufen und mit Hypotheken belastete bis 30,000 Rubel, erhält damit auch das Recht, Brauntwein zu brennen. — Auf den December beabsichtigt eine Anzahl unserer renommiertesten praktischen und theoretischen Juristen einen „Juristentag“ nach Mostau auszuschreiben. Die Naturforcher halten bei uns schon seit geraumer Zeit solche regelmäßige Versammlungen: bei unseren Juristen wäre das wohl das erste Beispiel dieser Art. Die Gerichtsreform Alexander's II. hat der Advocatur und der russischen Rechtswissenschaft einen bedeutenden Aufschwung gegeben, und so haben die berühmteren Professoren des Rechts und die beliebteren Advocaten einen natürlichen Drang, theils sich unter einander persönlich näher kennen zu lernen, theils gemeinschaftlich an der rationalen Fortentwicklung des Rechts zu arbeiten. Unter den Vorträgen, die zum Juristentage in Aussicht stehen und eine eingehende Discussion veranlassen dürfen, nennen wir folgende: Dr. Miklaschewsky, Prof. in Warshaw: Besserungscolonien und Rettungsanstalten für Verwahrlose; Advocat Dr. W. D. Spassowitsch: „Über verschiedene Formen der Appellation und des Cassationsverfahrens“; Adv. Arsenjeff: „Stellung der Advocatur zum Richter und Bedeutung des Advocatenstandes“; Herr M. Sarudny: „Reform der Gemeindegerichte“; Professor Fominjky: „Nothwendigkeit gewisser Änderungen in Bezug auf die Vorschriften, welche im Criminalprozeß den Verlust der Standesrechte verhängen“. Man wird hieraus sehen, daß der Juristentag sich seine Sache nicht nur eifrig angelegen sein lassen wird, sondern daß unser gegenwärtiges Regime der theoretischen Diskussion und der Neuherfung berechtigter Wünsche einen sehr weiten Spielraum gestattet.

Provinzial - Zeitung.

** Breslau, 1. Juli. [Der Herr Fürstbischöf] ist am Montage, von Fulda kommend, wieder hier eingetroffen.

** [Der Kaplan Gymmer] ist, wie die römische „Volkszeit“ meldet, auf 14 Tage seiner Haft entlassen worden, nachdem die erste dreimonatliche Haftzeit abgelaufen ist. Es steht ihm noch eine Haft von 1 Jahr 3 Monate und 14 Tage bevor.

= [Grenzerceß.] Wie uns aus Lublinisch mitgetheilt wird, soll ein vor längerer Zeit aus Polen in den hiesigen Kreis übergetretener und in demselben wohnhaft gebliebener Mann von einem russischen Grenzoldaten des Nachts bei Ausübung des Schnüggels auf diesseitigem Gebiete erschossen worden sein. Die Königliche Regierung zu Oppeln ist deshalb mit den zur Feststellung des Thatbestandes erforderlichen Ermitelungen vorgegangen und erwarten wir, daß die eingeleiteten Maßnahmen von einem gleich bestiedigenden Resultate begleitet sein werden, wie im vorigen Jahre die Verhandlungen der gemeinsamen Commission bei Anlaß der Gebietsverlezung an der Kuhna-Mühle im Beuthener Kreise.

s. Waldenburg, 30. Juni. [Promemoria, betreffend die Vertheilung der Kreisabgaben.] Ein Kreisangehöriger hat den Mitgliedern des Kreistages ein gedrucktes Promemoria zugehen lassen, um den Kreisabgaben-Bertheilungs-Maßstab über die bisherigen Kreisbedürfnisse resp. Abgabenverhältnisse und die durch die neue Kreisordnung bedingte anderweitige Regelung derselben näher Aufschluß zu geben. Um die Frage zu beantworten: „Wie vertheilt man die Kreisabgaben

in möglichster Weise auf die Kreisangehörigen, ohne daß eine unbillige Belastung einzelner Erwerbsklassen herbeigeführt und dabei doch den Kreisbedürfnissen in genügender Weise Rechnung getragen wird?" sucht der Verfasser, welcher nach allgemeinem Urtheil von der Verwaltung des Kreises genaue Kenntniß besitzt, ja bei derselben vielleicht gar beteiligt ist, die Gesamtkennzeichnung zu ermitteln, welche der Kreis bei den jetzt erhöhten Ansprüchen zur Deckung der fixirten Ausgaben aufzubringen geneigt ist. Die Summe der allgemeinen Kreisbedürfnisse, die von sämmtlichen Kreisangehörigen und Forenzen zu tragen ist, wird, da Nefflationen seitens der letzteren gegen die Veranlagung zu den Kreisabgaben unvermeidlich sind, auf 16,700 Thlr. festgestellt. In dem Promemoria wird bemerkt, daß es sich nicht empfiehlt, die Provinziallasten den Kreisbedürfnissen zuzuschlagen und nach Ermittlung des Prozentsatzes der Staatssteuern auf die Güter und Gemeinden auszuzeichnen, sondern daß es in Anbetracht des variablen Charakters der Provinzialabgaben zweckmäßig erscheint, diese letzteren nach dem für die Kreislasten festgestellten Vertheilungsmassstab erst dann auszuschreiben, wenn die Landes-Deputation von der auf den Kreis entfallenen Quote Kenntniß gegeben hat. Auch erscheint es dem Verfasser nicht opportun, die Kreisstrafenabflossen und Begebaugelder den allgemeinen Kreisbedürfnissen in Ausschreibung derselben zuzuschlagen. Da nach § 10 der Kreisordnung die Vertheilung der Kreisabgaben nur nach dem Verhältniß der von den Kreisangehörigen zu entrichtenden direkten Staatssteuer, bestehungsweise der Mahl- und Schlachsteuer mit Auschluß der Gewerbesteuer im Umherziehen erfolgen darf, das Promemoria aber eine mögliche Entlastung der untersten Steuerpflichtigen als dringend wünschenswert hinstellt, so beläuft sich das Staatssteuerjoll, welches als Grundlage für die Kreisabgabenvertheilung dienen soll, auf rund 150,000 Thlr. Bei der schon erwähnten Bedürfnisssumme von 16,700 Thlr. würden pro Thaler Steuer an Kreisabgaben jährlich 3 Sgr. 4 Pf. zu erheben sein. Das Promemoria empfiehlt ferner, zur Verbesserung der Communicationsmittel einen Begebaugeld von jährlich 9000 Thlr. auf 5 Jahre hinaus mit der Maßgabe zu errichten, daß alle außerhalb der Dorflage befindlichen Kreiscommunicationswege und Brücken, sofern die Instandsetzung von Erheblichkeit ist, aus Kreismitteln resp. dem Baufond hergestellt werden. Die Aufbringung derselben würde nach der auf dem glatten Lande aufzumgenden Grund, Gebäude, Klassen, Einkommen- und Gewerbesteuer mit Auschluß der Gewerbesteuer vom Hausratgewerbe zu erfolgen haben, da die Heranziehung der Städte zu den Begebaugeldern nicht angängig erscheint. Die Kreiskrankenhaus-Unterhaltungskosten, an welchen die Städte ebenfalls nicht partizipieren, sind auf 450 Thlr. berechnet. Hierauf stellt sich die jährliche Kreisabgabe zusammengefaßt, incl. der Provinziallasten, pro Thaler Steuer für die Landgemeinden und Dörfer auf 6 Sgr. 9 Pf., für die Städte auf 4 Sgr. 4 Pf. Der Kreisvertretung wird eine Beschlussschrift im Sinne des Promemorias anheimgestellt.

J. P. Aus der Grafschaft Glatz, 30. Juni. [Verschiedenes.] Herr Landrat Freiherr v. Seherr-Thoss macht im „Glatzer Kreisblatt“ bekannt, daß in letzterer Zeit „befreundlicher Weise einzelne Gemeinde-Borsteher sich für berechtigt gehalten, die Bewohner selbstständiger Gutsbezirke gleichen Namens zu den Communal-Abgaben der Land-Gemeinden heranzuziehen.“ Er bringt deshalb „zur Vermeidung ähnlicher Irrungen zur öffentlichen Kenntniß, daß die Land-Gemeinden und selbstständigen Gutsbezirke nach Lage der Gezeigebung von einander getrennt sind, Landgemeinden und Gutsbezirke oder Gutsgemeinden jede für sich Lasten und Steuern zu tragen und aufzubringen haben und unter getrennter Verwaltung stehen.“ Hieraus folge von selbst, daß die Gemeindebehörden nur die Bewohner der Landgemeinden zu den Communalbedürfnissen heranziehen dürfen, während die Bewohner der Domänenhöfe und aller zu den Bezirken der selbstständigen Güter gehörenden Häuser eben nur von den Gutsvorstehern zu den Lasten und Steuern dieser Gutsbezirke herangezogen werden können.“ — Der Mühlbaumeister Anton Wach zu Glatz beabsichtigt auf seinem in der Vorstadt „Angel“ gelegenen Grundstück eine Eisenbacherie zu errichten. — Der Verein deutscher Volksfreunde in der Grafschaft Glatz wählt in seiner letzten halbjährigen Generalversammlung in das Central-Comitee die Herren: Redacteur Olbrich als Vorsitzenden, Gas-Anstalts-Director und Bürgermeister-Beigeordneten Drenkemann als Stellvertreter, Kaufmann und Ratsherrn Schliemann als Kassenführer, Schriftsteller Julius Peter als Geschäftsführer und Schriftführer, Lieutenant und Vorwärtsbeamter Wagner als Stellvertreter. Während der vier Monate seines Bestehens hat der Verein im Kreise Glatz bereits über 2200 Exemplare belehrender Schriften unentgeltlich vertheilt. Eine doppelt größere Anzahl ist von den Local-Abteilungen Habelschwerdt und Landeck im Kreise Habelschwerdt vertheilt worden.

x. Neisse, 30. Juni. *) [Bischof Neinkens.] Am 28. Nachts halb 12 Uhr traf Herr Bischof Neinkens mit Herrn Prof. Dr. Weber hier ein und wurde auf dem Bahnhofe von dem Vorstande und mehr als 30 Mitgliedern des hiesigen altkatholischen Vereins begrüßt. Am 29. Früh 9 Uhr fand in der evangelischen Pfarrkirche altkatholischer Gottesdienst statt. Die Kirche, geschmückt mit Kränzen und Blumen, war gedrängt gefüllt. Die Messe wurde vom Herrn Prof. Weber zunächst nur bis zum Evangelium gelesen, sodann bestieg der Bischof die Kanzel und hielt eine Predigt, in welcher er mit einer solchen Wärme und Innigkeit den Anwesenden Liebe und Versöhnung an's Herz legte, daß der Eindruck gewiß ein nachhaltiger und segnender sei wird. Nach der Predigt wurde die Messe beendet. Ein Sängerchor trug zur Ergebung der Feier wesentlich bei. Nach Beendigung der Messe trat der Bischof in vollem Ornat, mit Stab und Mitra an den Altar, hielt an die Firmlinge eine herliche Anrede und spendete sodann das Sacrament der Firmung an 51 Personen jeden Alters und Geschlechts. — Nachmittags 2 Uhr fand zu Ehren des Herrn Bischofs in Liebigs Hotel ein Festdiner von 60 Couverts statt, zu welchem die Spitäler der Stadt Einladungen erhalten hatten. Leider waren einige der hervorragendsten Vertreter verhindert, zu erscheinen. Herr Syndicus Hellmann brachte den ersten Toast auf Se. Majestät den Kaiser aus. Der Vorsitzende des altkatholischen Vereins, Herr Gymnasiallehrer Dr. Bach, feierte die Verdienste des Herrn Bischofs und Herr Reallehrer Dr. Melzer brachte einen Toast auf Herrn Prof. Dr. Weber aus. Der Herr Bischof und ebenso Herr Prof. Weber ergriffen mehrere mal das Wort und wußten durch ihre geistreichen und zum Theil mit Humor gewürkten Reden die Anwesenden derart zu begeistern, daß fast alle Teilnehmer an dem Diner den hohen Gästen um 6 Uhr in einer langen Wagenreihe das Geleit nach der Bahn gaben. Von den Niedern und übrigens auch noch die Herren Kreisgerichts-Director Henrich und Diözesan-Pfarrer Scheibert herzuheben. Als der Bahnzug sich in Bewegung setzte, erzielte noch ein dreigeschossiges Hoch auf den Herrn Bischof. Unzweifelhaft hat die Anwesenheit des Herrn Bischofs der altkatholischen Bewegung in Neisse einen neuen Impuls gegeben. — Nachträglich teilte ich noch mit, daß am Tage vorher eine Generalversammlung der hiesigen Altkatoliken stattgefunden hatte, in welcher Herr Gutsbesitzer Döse über die Bonner Synode referierte.

*) Wir ersuchen den Herrn Correspondenten, seine Mittheilungen zu unterschreiben.

D. Ned.

[Notizen aus der Provinz.] * Görlitz. Die „Nied. Ztg.“ schreibt: Se. Excellenz der Herr General-Feldmarschall v. Roon ist auf seiner Rückreise von Italien hier eingetroffen, um sich auf sein Gut Grobnitz zu begeben und stieg im Victoria-Hotel ab. — Herr Gymnasiallehrer Dr. van der Velde in Bautzen ist als wissenschaftlicher Lehrer an die hiesige königliche Gewerbeschule berufen worden und wird am 1. October sein Amt übernehmen. — Bei dem Gewitter, das sich am 29. Juni Mittags über unserer Stadt entlud, schlug ein Blitz in eine mit Pappoach versehene, mit Wolle gefüllte Krempe des Handelsmanns Cohn auf dem Demianiplatz, ohne weiteren Schaden als am Dach anzurichten. — Durch einen Wolsenbruch, der in der Nähe von Dresden stattgefunden, verhähte sich der sonst um $\frac{1}{4}$ 5 Uhr hier eintreffende sächsisch-schlesische Eisenbahnzug um $1\frac{1}{2}$ Stunde. — Beim Kahnfahren auf der Neiße ertrank auf Leichtwasser Reiter der Tischlergeselle Neumann von hier, Bogstraße wohlauf. Er hatte mit zwei anderen Personen die Wasserfahrt angetreten. Durch Schaukeln schlug der Kahn um und gelang es nur den beiden anderen Missfahrenden, sich zu retten.

+ Liegnitz. Der durch Ueberfahren verunglückte Droschkenbesitzer Puhler ist seinen Leiden erlegen. Derselbe soll an seinem Unglück großen Teils selbst Schuld sein. — Am 29. Juni Nachmittags ist in der Rabbach zwischen Jüdenstieg und Eisenbahnbrücke der neunjährige Knabe des Arbeiters Koch von der Marienstraße ertrunken. — Am 30. Juni konstatierte die Polizei eine Quantität kleine Spüläste, welche zum Theil aus Kartoffeln hergestellt waren und die einen so pestizinalischen Geruch verbreiteten, daß man einen großen Umkreis machen mußte, um in reinere Luft zu gelangen. Die Bestraftung der qu. Producentin wird herbeigeführt werden.

△ Goldberg. Herr Diaconus Schumann hierzuläßt ist als Superintendent für die evangelische Pfarrkirche nach Neisse OS., in Stelle des verstorbenen Superintendents Weßwald, laut am vergangenen Sonntage dafelbst vollzogenen Gemeinde-Wahl, angenommen worden.

Carola. Dem „Nied. Anz.“ wird von hier unter dem 29. Juni geschrieben: Gestern Mittag entstand in den städtisch Carolathen Fortrieben Boln-Tarnau und Heinrichslust ein Waldbrand, der in wenigen Stunden circa 30 Morgen teils etwa 30jähriges Stangenholz, teils jüngere Schönung vernichtete. Den Bemühungen der mit Hilfsmitteln herbeigeführten

Rettungsleute würde es schwerlich gelingen sein, bei der großen Dürre und dem festigen Ostwinde den Brand so schnell zu tilgen, wäre nicht der glückliche Umstand eingetreten, daß das Feuer nach einer Blanke zu frast, wo es keine Nahrung mehr fand und so bewältigt werden konnte. Da es an zwei verfeindeten Orten zugleich ausloderte, ist mit ziemlicher Sicherheit böswillige Brandstiftung anzunehmen.

* Dols. Am 28. v. M. wurde die ungefähr 80 Jahr alte Inwohnerin Witwe Anna Linke aus Hundsfeld in einem Wasserloch bei Friedewalde, Kreis Breslau, tot aufgefunden. Die Verstorbeine litt am Delirium und lebte in einem solchen Zustande den Tod gefügt zu haben. — An demselben Tage wurde der Müller geselle Gustav Ritschke in dem Kieferbusche am Kirchsteige von Südwinkel nach Cunersdorf erbängt vorgefunden. — Vergangene Nacht entlud sich über unserer Stadt und — so viel wir erfuhren — in einem größeren Umkreise ein starkes Gewitter, von heftigen Regengüssen begleitet. Wenn auch Hagel hier und da einigen Schaden angerichtet haben mag, so dürfte doch der Nutzen, den der Regen den trockenen Feldern gebracht, weit überwiegen sein.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Wien, 27. Juni. Sarah Sp., eine siebzigjährige Matrone, Mutter dreier Kinder, die bereits alle wohl verjüngt sind, und sechsfache Großmutter, überredete bei Gericht gegen ihren Ehemann Lazar Sp., einen ihr an Jahren vorangeilten, gut mißtunen Geschäftsmann, zum Zwecke der Scheidung die Klage auf Chebruch. Es war für heute die Verhandlung anberaumt.

Der Richter kann seinem Erstaunen nicht genug Ausdruck geben, als der Gegenstand der Verhandlung auferufen wird, das Ehepaar Sp. eintritt und gegen einander Stellung nimmt.

Richter: Sind Sie Frau Sarah Sp.? — Sarah Sp.: Ich bin die Sarah Sp.

Richter: Sie haben doch nicht auf Chebruch geglatt? — Sarah Sp.: Warum soll ich nicht geglatt haben, wenn ich hab' ja geglatt?

Richter: Ich wollte mich nur überzeugen, ob hier keine Verwechslung stattfindet. — Sarah Sp.: Nein, Eu' Gnaden, ich bin das unglückliche Weib, die unglückliche Mutter.

Richter: Was veranlaßte Sie zu diesem Schritte? — Sarah Sp.: Eu' Gnaden, wenn ich Ihnen anfang zu erzählen, werden wir in einem Jahre auch noch nicht fertig.

Richter (einfallend): So viel Zeit habe ich wohl nicht; ich meine, Sie sollen mir in Kürze sagen, was Sie veranlaßt hat, gegen Ihren Gatten Klage aufzutreten? — Sarah Sp.: Was mich veranlaßt hat, Eu' Gnaden? Nicht erleben soll man's, was ich aussteh'; mein Mann ist kein Mann, er ist gar nichts.

Richter: Auf das kommen wir später. Jetzt möchte ich nur wissen, was Sie mit der Klage beabsieden wollen. — Sarah Sp.: Wie heißt, was ich beabsieden will? Fort will ich von ihm, mir leben will ich mit ihm.

Richter: Und weshalb wollen Sie fort von Ihrem angetrauten Gatten? — Sarah Sp.: Eu' Gnaden, ein Weshalb kommt' ich Ihnen erzählen, daß allen meinen Feinden Hören und Sehen vergehen möcht.

Richter: Hat Sie Ihr Mann misshandelt? — Sarah Sp.: Misshandeln soll er mich auch noch? Faule Fisch' und Schlag' dazu.

Richter: Hat Ihnen Ihr Mann verweigert, die notwendigen Kosten des Haushaltes zu betreiben? — Sarah Sp.: Weiter fehlt ihm mir, ich trahet ihm die Augen aus.

Richter: Wodurch hat sich denn Ihr Gatte Ihnen plötzlich mischlich gemacht? — Sarah Sp.: Wie heißt plötzlich? Das ist eine alte Gefere (altes Leiden), nur hab' ich's immer heruntergeschluckt.

Richter: Ist Herr Sp. Ihr erster Gatte oder haben Sie ihn als Wittwe geheirathet? — Sarah Sp.: Gott soll Eimern hüten, mein Mann soll hundert Jahre leben; eppes bin ich ein leichtsinniges Weib, was sich gleich wieder entschließt, zu heirathen? Nicht erleben will ich's.

Richter: Wie lange sind Sie mit Ihrem Gatten verheirathet? — Sarah Sp.: Zu Guten, 33 Jahre waren es heuer.

Richter: Haben Sie nicht gut zusammen gelebt? — Sarah Sp.: Gelebt haben wir wie ein Paar Hendl.

Richter: Haben Sie Familie? — Sarah Sp.: Zwei Söhne und eine Tochter, An's schöner wie's Andere, An's braver wie's Andere, und Enkelin soll ich leben, Eu' Gnaden! — es thut mir leid, ich hab' nicht e paar mitgebracht. (Gegen ihren Gatten gewendet:) Lazarleben, geh', ich bitt Dich, hol' dem gnädigen Herrn den Lajosch.

Richter: Lassen Sie das, bleiben wir bei der Sache — Sarah Sp.: Eu' Gnaden, es wird Ihnen nicht bereuen, wir wohnen nur elische Häuser weit. (Gegen ihren Gatten:) Lazarleben, geh' hol' den Lajosch.

Richter: Lassen Sie das und antworten Sie auf meine Fragen. — Sarah Sp.: Eu' Gnaden bin ich eine Antwort schuldig geblieben?

Richter: Sie leben auch in guten Umständen? — Sarah Sp.: Gott sei Lob und Dank, mir haben, was mir brauchen und etwas darüber.

Richter: Nach alledem, was ich bis jetzt von Ihnen gehört habe, begreife ich nicht, warum Sie sich von Ihrem Manne trennen wollen. — Sarah Sp.: Das ist ja die Geschichte, Eu' Gnaden, um a Aug' ist die Kuh blind.

Richter: Das versteht' ich nicht — Sarah Sp.: Sie verstehen mir, Eu' Gnaden? Wenn ich wollt' reden, möchten Sie mich verstehen.

Richter: Sie klagen Ihren Mann auf Chebruch; ist das richtig? — Sarah Sp.: Gott sei es geglatt, leider Gott, ja.

Richter: Worauf gründet sich diese Klage? — Sarah Sp.: Worauf sie sich gründet? Nicht erleben soll man es.

Richter: Sie müssen mir, wenn mit einem Urtheile vorgegangen werden soll, etwas Bestimmtes angeben. — Sarah Sp.: Was heißen Sie Bestimmtes, Eu' Gnaden?

Richter: Meinen Sie, daß Ihr Gatte mit einer anderen Frau ein strafliches Verhältniß unterhält? — Sarah Sp.: Meinen? was heißt meinen? Wissen thue ich es ganz bestimmt.

Richter: Was wissen Sie bestimmt? Sarah Sp. (verschämt): Ich weiß bestimmt, daß er mich nicht mehr gern hat.

Richter: Selbst wenn das der Fall wäre, würde das noch immer keine ehebrecherische Handlung beweisen. — Sarah Sp.: Ich kenn' mein' Mann besser, wir leben dreimndreißig Jahr' mit einander.

Richter: Bestimmte Verdächtigungen gegen Ihren Gatten haben Sie nicht? — Sarah Sp.: Ich hab' etwas gesehen, da sind mir die Augen übergegangen.

Richter: Was haben Sie gesehen? — Sarah Sp. wirft einen forschenden Blick nach ihrem Gatten und legt die Photographie einer gefeierten Sängerin auf den Gerichtstisch.

Richter: Ist das Alles, was Sie gesehen haben und was Ihren Verdacht gegen den Gatten rechtfertigt? — Sarah Sp.: Alles? Wie heißt Alles? (Sie legt noch zehn bis zwölf Photographien, teils von Sängerinnen, teils von Ballerinen, auf den Gerichtstisch und sagt:) Eu' Gnaden, was sagen Sie jetzt?

Richter: Das sind Photographien von Künstlerinnen. — Sarah Sp.: Ja, Eu' Gnaden, heure Waar'.

Richter: Solche Photographien schafft man sich billig, und sie bieten ein ganz unschuldiges Vergnügen. — Sarah Sp.: Wer will mir das beweisen? Seit wann ist mein Mann ein Kunstmensch? Seitdem er an Wochentagen weiße Westen tragt, sich alle Tage raffen läßt und an' neuen Anzug nach dem andern von Schneider kriegt? Warum hat er, jo lange ich jung war, nur einmal in der Wochen Wäsche gewechselt, eine weiße Weste nur am Feiertag angezogen, sich nur einmal in der Woche räffen lassen und höchstens zum neuen Jahr sich ein Gewand machen lassen? Eu' Gnaden, so steht die Sache.

Richter: Es ist nicht meine Sache, über derlei Angelegenheiten Ihres Gatten Untersuchungen anzustellen. — Sarah Sp.: Ich glaub's, aber mich geht's an; ich bin ein armes, geschlagenes Weib.

Richter: Haben Sie nebst diesen Verdächtigungen noch sonst etwas vorzubringen, was Ihre Anschuldigung der Untreue rechtfertigen könnte? — Sarah Sp.: Was wollen Eu' Gnaden noch mehr haben? Die ganze Welt red't darüber.

Richter: Was redet die Welt? — Sarah Sp.: Das er mir nicht treu ist.

Richter: Können Sie durch Zeugen oder Umstände die Untreue Ihres Gatten nachweisen? — Sarah Sp.: Eu' Gnaden, fragen Sie die Hausmeisterin.

Richter: Ist diese hier? — Sarah Sp.: Ja; ich habe sie mitgebracht.

Richter: So lasse man dieselbe eintreten.

Marie K., Poliergattin und Hausmeisterin, tritt ein.

Richter: Die Frau Sp. lagt ihren Gatten auf Chebruch und führt Sie als Zeugin auf. — Hausmeisterin (entrüstet): Ja, wie komm' denn i zu der Chr., mein Gott und Herr, won mein Mann wurd', i glaub', der verschlaget mich.

Richter: Haben Sie bemerkt, daß Herr Lazar Sp. seiner Gattin untreu ist? — Hausmeisterin (lachend): Hören's mir mit dem Narrenthum auf.

Richter: Ich bin verpflichtet, Sie darum zu fragen, weil sich die Frau Sarah Sp. auf Sie verufst. — Hausmeisterin: San's jo gut, so was ging' mir grad' no ob.

Richter: Sie wissen also nichts anzugeben? — Hausmeisterin: Ni, als daß mir öfter a Hez haben, weil die Frau so viel auf ihren Mann ejert.

Richter (zur Klägerin): Die Zeugin weiß ja von nichts. — Sarah Sp. zur Hausmeisterin: Haben Sie mir nicht selbst gesagt, ich soll aufpassen? — Hausmeisterin: Hören's, Jesu, Maria und Joseph, in wos an so a alte Juden hineinbringen tunnt, dös is über die Pimpelcomödie. Sie dersätzt mir a Geschichte, von der i in mein' Leben nix' g'hört hab', und i sog' ihr.

Richter: Sonst wissen Sie nichts: — Hausmeisterin: Ni.

Richter: Dann können Sie gehen. — Hausmeisterin: I küss' d'Hand, hab' noch fa Stiegen g'reiben und morgen kommt' d'Hausfrau.

Richter (zur Klägerin): Ich meine, Sie haben eine etwas erhöhte Phantasie gehabt und werden jetzt klarer sehen und die Sache aufgehen. — Lazar Sp. (siehe noch seine Frau zum Worte kommt): Nein, Eu' Gnaden, jetzt dreß' ich den Spieß um, sie hat mich stechen wollen, jetzt werde ich reden.

Richter: In einer Privat-Conversation kann ich mich

